IPG

KOLUMNE 12.01.2015 | Joseph E. Stiglitz

Europas Abkehr von der Vernunft

Warum die Eurozone dringend reformiert werden muss.

Die USA zeigen endlich Anzeichen der Erholung von jener Krise, die zum Ende der Präsidentschaft von George W. Bush ausgebrochen war, als der Beinahe-Zusammenbruch ihres Finanzsystems die Welt erschütterte. Aber es ist keine starke Erholung; bestenfalls verbreitert sich die Kluft zwischen jenem Punkt, an dem die Konjunktur stehen könnte, und dem, an dem sie heute steht, nicht weiter. Falls sie sich schließt, so tut sie dies sehr langsam; der von der Krise angerichtete Schaden scheint ein langfristiger zu sein.

Kein Aufschwung in Sicht

Andererseits könnte die Lage schlimmer sein. Auf der anderen Seite des Atlantiks gibt es kaum Anzeichen selbst für einen so bescheidenen Aufschwung wie in den USA: Die Kluft zwischen dem Punkt, an dem Europa steht, und jenem, an dem es ohne die Krise stehen würde, weitet sich aus. In den meisten Ländern der Europäischen Union liegt das BIP pro Kopf unter seinem Stand vor der Krise. Ein verlorenes halbes Jahrzehnt verwandelt sich in raschem Tempo in ein ganzes. Jenseits der kalten Statistik werden angesichts der Jahr um Jahr fortdauernden Stagnation – und mancherorts Depression – Leben ruiniert, platzen Träume, und zerfallen Familien (oder werden gar nicht erst gegründet).

Die EU verfügt über viele talentierte und hochgebildete Menschen. Ihre Mitgliedsstaaten haben starke Rechtssysteme und gut funktionierende Gesellschaften. Vor der Krise hatten die meisten sogar gut funktionierende Volkswirtschaften. An einigen Orten gehörte die Produktivität pro Stunde – oder ihre Wachstumsrate – zu den höchsten weltweit.

Aber Europa ist kein Opfer. Es stimmt, dass Amerika seine Wirtschaft heruntergewirtschaftet hat; aber die USA haben es nicht durch irgendwelche Tricks geschafft, Europa die Hauptlast der globalen

Konsequenzen aufzuladen. Die Malaise der EU ist selbstverschuldet; sie ist bedingt durch eine beispiellose Folge schlechter wirtschaftlicher Entscheidungen, die mit der Schaffung des Euro begann. Der Euro sollte Europa einen, hat es jedoch letztlich gespalten, und da der politische Wille fehlt, jene Institutionen zu schaffen, mit denen eine Einheitswährung funktionieren könnte, wird der Schaden auch nicht behoben.

Jenseits der kalten Statistik werden angesichts der Jahr um Jahr fortdauernden Stagnation – und mancherorts Depression – Leben ruiniert, platzen Träume, und zerfallen Familien (oder werden gar nicht erst gegründet).

Das aktuelle Chaos ist teilweise auf das Festhalten an der lange diskreditierten Vorstellung gut funktionierender Märkte ohne Informations- und Wettbewerbsverzerrungen zurückzuführen. Auch Überheblichkeit spielt eine Rolle. Wie sonst lässt sich die Tatsache erklären, dass die offiziellen europäischen Prognosen zu den Folgen der europäischen Politik konsequent Jahr um Jahr danebenliegen?

Diese Prognosen waren nicht deshalb falsch, weil es die EU-Länder versäumt hätten, den verordneten politischen Strategien zu folgen, sondern weil die Modelle, auf denen diese Strategien beruhen, so mangelhaft waren. In Griechenland etwa haben die Maßnahmen, die die Schuldenbelastung des Landes verringern sollten, sie vielmehr gegenüber 2010 erhöht: Die Schuldenquote ist angesichts der verheerenden Auswirkungen der Sparpolitik auf die Produktionsleistung noch gestiegen. Zumindest der Internationale Währungsfonds hat dieses intellektuelle und politische Versagen inzwischen zugegeben.

Reform der Eurozone nötig

Die europäischen Regierungen halten an der Überzeugung fest, dass Strukturreformen höchste Priorität haben müssen. Doch die Probleme, auf die sie verweisen, waren schon vor der Krise sichtbar, ohne dass sie damals das Wachstum gestoppt hätten. Was Europa dringender braucht als Strukturreformen innerhalb der Mitgliedsstaaten, ist eine Reform der Struktur der Eurozone selbst und eine Abkehr von der Sparpolitik, die wieder und wieder dabei gescheitert ist, das Wirtschaftswachstum neu zu beleben.

Diejenigen, die der Ansicht waren, dass der Euro nicht überleben könne,

wurden wiederholt widerlegt. In einem Punkt freilich hatten die Kritiker Recht: Sofern die Struktur der Eurozone nicht reformiert wird und die Sparpolitik aufgegeben wird, wird sich Europa nicht erholen.

Das Drama in Europa ist noch lange nicht vorbei. Eine der Stärken der EU ist die Vitalität ihrer Demokratien. Doch der Euro hat den Bürgern – insbesondere in den Krisenländern – jedes Mitspracherecht in Bezug auf ihr wirtschaftliches Schicksal genommen. Die Wähler haben wiederholt aus Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Ausrichtung die im Amt befindlichen Regierungen abgewählt – nur um dann festzustellen, dass die neuen Regierungen denselben durch Brüssel, Frankfurt und Berlin diktierten Kurs weiterverfolgten.

Doch wie lange kann das so weitergehen? Und wie werden die Wähler reagieren? Überall in Europa ist ein alarmierendes Wachstum extremer nationalistischer Parteien zu verzeichnen, das den Werten der Aufklärung, die Europa so erfolgreich gemacht haben, zuwiderläuft. Mancherorts bilden sich große separatistische Bewegungen.

Nun stellt Griechenland Europa neuerlich auf die Probe. Der Rückgang des griechischen BIP seit 2010 ist viel schlimmer als jener, den Amerika während der Großen Depression der 1930er Jahre erlebte. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei über 50%. Die Regierung von Ministerpräsident Antonis Samaras ist gescheitert, und aufgrund der Unfähigkeit des Parlaments, einen neuen griechischen Präsidenten zu wählen, finden am 25. Januar vorgezogene Neuwahlen statt.

Wenn Europa nicht Kurs wechselt – wenn es nicht die Eurozone reformiert und die Sparpolitik aufgibt – wird eine Gegenreaktion seitens der Bevölkerung unvermeidlich.

Die linke Oppositionspartei Syriza, die sich eine Neuverhandlung der Bedingungen der EU-Rettung Griechenlands auf die Fahnen geschrieben hat, liegt in den Meinungsumfragen vorn. Falls Syriza stärkste Partei wird, aber nicht die Regierung übernimmt, wird ein Hauptgrund dafür die Furcht vor der Reaktion der EU sein. Furcht jedoch ist keine besonders edle Emotion und wird nicht zu jener Art von nationalem Konsens führen, den Griechenland braucht, um voranzukommen.

Das Problem ist nicht Griechenland. Es ist Europa. Wenn Europa nicht Kurs wechselt – wenn es nicht die Eurozone reformiert und die Sparpolitik aufgibt – wird eine Gegenreaktion seitens der Bevölkerung unvermeidlich. Vielleicht hält Griechenland diesmal noch am eingeschlagenen Weg fest. Auf die Dauer freilich kann dieser wirtschaftliche Irrsinn so nicht weitergehen; die Demokratie wird es

nicht zulassen. Aber wie viel mehr Leid wird Europa noch erdulden müssen, bis sich die Vernunft durchsetzt?

(c) Project Syndicate



Joseph E. Stiglitz
New York

Joseph E. Stiglitz ist Professor an der *Columbia University* und war Vorsitzender des *Council of Economic Advisers* der Regierung von Bill Clinton sowie *Senior Vice President* und *Chief Economist* der Weltbank. Im Jahr 2001 erhielt er den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.

14 LESERBRIEFE

Robert schrieb am 13.01.2015

Wenn sich einer von der vernunft abgewandt hat, dann Stiglitz - und zwar schon vor ganz, ganz langerZeit.

Nachfragender schrieb am 13.01.2015

In dem Beitrag von Prof. Stiglitz bleibt leider offen, welche Maßnahmen zur Reform der Eurozone er

vorschlägt. Das ist doch derzeit die entscheidende Frage, da das Unbehagen bzw. die Kritik an dem gegenwärtigen Kurs in der Eurozone ohnehin weit verbreitet ist. Was also wäre zu tun bzw. zu ändern?

Detlev G. Pinkus schrieb am 13.01.2015

Ein ausgesprochen guter Beitrag. Leider bewegt sich in Europa gar nichts. Auch in Deutschland bewegt sich nichts seit dem Angela Merkel im Kanzleramt sitzt. Deutschland und die EU haengen wie der kleine Bruder an den USA, dass muss dringend geaendert werden. Deutschland und Europa muessen erwachsen werden, aber das wird mit Angela Merkel nicht zu machen sein.

Paris Varvaroussis schrieb am 13.01.2015

Dass die Schuldenstaaten die Sparpolitik aufgeben sollen, was Professor hier plädiert, das kann ich nicht verstehen, denn Sparen ist der erste Schritt zur Lösung der Schuldenkrise und ein Weg zur Selbsterkenntnis. Schon der Philosoph Sokrates sagte: „Selbsterkenntnis gibt dem Menschen das meiste Gute, Selbsttäuschung aber das meiste Übel.“ Natürlich soll die Eurozone reformiert

werden, aber tiefgreifende Reformen benötigen Zeit.

Friedrich Grimm schrieb am 13.01.2015

Frau Merkel, und mit ihr sehr viele Deutsche (schwäbische Hausfrauen) verwechseln totsparen (Forderung der Troika gegenüber den Südländern) mit echtem sparen. Auf den Gedanken, endlich einmal dort das Geld abzuschöpfen wo es im Übermaß vorhanden ist, nämlich bei den Reichen und Superreichen, scheint niemand zu kommen. Denn dieses Anhäufen von Geld ist im wahrsten Sinne des Wortes "totes Kapital". Möchte nur noch hinzufügen, dass das nichts mit Neiddebatte sondern mit Vernunft zu tun hat.

---

wisu162 schrieb am 14.01.2015

Herr Professor Stiglitz macht den gleichen Fehler wie auch viele andere Ökonomen: neue Schulden heute aufnehmen und deren Bezahlung auf morgen verschieben und dann zukünftige Generationen,oder Kredite aufzunehmen, die mit nicht zurück zahlen kann oder will, kann für Europa mit seiner schrumpfenden Bevölkerung keine Lösung sein. Das ist als ob man mit

dem gleichen Antibiotikkum immer wieder gegen die gleiche Krankheit angeht. Man kann das Fieber drücken für einige Zeit, danach setzt sich wieder die Krankheit durch und wird stärker. Man hat das in der Vergangenheit schon gemacht und ein krasses Beispiel für den Erfolg der Kenyaner ist zum Beispiel Japan.
Die USA hat es bisher noch nicht erwischt, weil die Population wächst, und es einen massiven Zufluß an Input in Form Fracking gibt.
Herr Stiglitz sollte sich mal Gedanken darüber machen, wie der Begriff Schulden definiert ist.: man leiht sich Geld mit dem Versprechen es zurück zuzahlen. Das hat bisher noch so gut wie keine Demokratie geschafft.
Zweitens:mit dem geliehenen Geld kann man Lebensstandard und Konsum vorziehen, und bezahlt dann später mit geringerem Lebensstandard. Oder man investiert es und zahlt es aus höherem Einkommen zurück.
Soweit Definition `Schulden`. Um das zu verstehen, muss an nicht an der Columbia-Universität studiert haben.
Insbesondere in Griechennland hat man sich einen Lebensstandard geleistet, der nicht selbst erarbeitet war. Nun die EU- Nettozahler mit einem Schuldenschnitt zu

erpressen, ist nun schlicht Zechprellerei. Wenn an damit in Griechenland eine Wahl gewinnen kann, dann muss der Bevölkerung klar sein, dass der Euro geht, und man dann für den Lebensstandard selbst arbeiten muss. Mehr als die 50% vorher sind dann nicht realistisch.

In Griechenland ist kein Betriebsunfall passiert. Das Land war in den letzten 200 Jahren 8 mal pleite, und Irgendjemand hat die verantwortlichen Politiker gewählt. Angehörige von 90 000 (!) Verstorbenen haben weiterhin deren Rente kassiert.

Natürlich ist das Mist, wenn man zukünftig nur noch das als Lebensstandard hat, was man selbst erarbeitet.

Aber gerecht, oder?

Bei der Party vorher war ich nicht mit dabei, die Merkel hat mich nicht gefragt, ob es ok ist, wenn DE für Kredite an Griechenland haftet, damit ist zum Beispiel meine Rente mit frühestens 67 gemeint.
In Griechenland konnte eine Frau, die ein Kind gebar, mit 15 Jahren Berufstätigkeit in Rente gehen. Gut gerechnet, früh geschwängert, ein wenig 15 Jahre gejobt,

also Rente mit Mitte 30....
Über 60 war niemand mehr beschäftigt.

Die Realität holt nun ein Volk ein, welches clever alles mitgenommen hat, was die EU angeboten hat. Nun nicht die Idee hat die Kredite zurück zu zahlen. Und vermutlich schon auf neue Kredite hofft.

Mein Vorschlag: ok, die Drachme zurück, von mir aus ein Schuldenschnitt, denn am Desaster sind nicht nur die Griechen schuld. Auch EU-Politiker und nationale Parlamente und Merkelei. So wie ich mit geringerer Rente und geringeren Erträgen aus Lebensversicherungen büsse, so möchte ich, dass auch Beamten- und Politikerpensionen heran gezogen werden. Fehlententscheidungen unserer sozialen EU-Politiker, wenn schon passiert, dann bitte nicht alles dem Otto-Normalsteuerzahler aufdrücken.

Die Selbsterkenntnis, nun bin ich wieder zurück bei Stiglitz:
irgendwie ist da die Erkenntnis:
- wer arbeitet
- Steuern zahlt

- denkt man muss einem Prof.nicht erklären müssen, was Schulden sind.....

...irgendwie ist da immer Jemand, der was von mir will. oder?
Man nennt das borgen, haften, Solidarität zeigen,und irgendwie stammt das alles von Leuten, die da mit privatem finanziellen Konsequenzen nicht mit dabei sind.
Herr Stiglitz auch nicht.

Wolfgang Geuer schrieb am 16.01.2015

Antwort auf Wisu:
Was wäre denn mit Deutschland nach dem 2. Weltkrieg gewesen, wenn die Gründerväter der Bundesrepublik nicht den Mut gehabt hätten, "Schulden auf Pump" zu machen? Deutschland hätte nie den wirtschaftlichen Erfolg einfahren können, der aufgrund der Verschuldung möglich wurde. Aufgrund der schuldenfinanzierten Investitionen war Deutschland mit seiner Infrastruktur dreissig Jahre später wesentlich mehr Wert als 1950. Davon hat die nachfolgende Generation gewaltig profitiert. Zugleich konnten die Vermögenden ihr Geld

sicher in deutsche Staatsanleihen anlegen und hatten ebenfalls Gewinne. Denn Schulden, das ist Merksatz Nummer 1 für sie, sind, so will es nun einmal die Saldenmechanik, auch Vermögen auf anderer Seite, in diesem Fall bei den Vermögenden. Und alle hatten einen Mehrwert, das Land, die Menschen und die Unternehmen. Merksatz Nummer 2 lautet: Kapitalismus lebt vom Schuldenmachen, es müssen nur die richtigen Investments sein.
Ihr Schuldenbegriff ist absichtsvoll einseitig, um nicht zu sagen, dürftig. Er lässt die sinnvolle Investition einer langfristigen Politik völlig außer acht. Gleichzeitig delektieren sie sich an einer Stammtischökonomie, der sie selbst nicht entkommen.
Viele erfolgreiche Staaten (inklusive der USA während des großen Crashs 1929) haben durch staatliche Programme ihr Land vor langfristigen Krisen gerettet, die Infrastruktur verbessert und späteren Generationen damit den Weg in effizientere und zukunftsträchtigere Ökonomien geebnet. Brüning - der Schulden vermeiden wollte und staatliche Ausgaben drastisch kürzte - bescherte uns dagegen Hitler. Keine gute Idee.
Nett übrigens ihre Einlassung zur griechischen Mutter - leider frei erfunden. Merksatz Nummer 3: Das

durchschnittliche Eintrittsalter griechischer Renter, so Eurostat, liegt über dem der deutschen Rentner. Auch hier grüßt der Stammtisch...
Dass in Griechenland eine funktionierende Finanz- und Katasterverwaltung aufgebaut werden müssen, ist unstrittig. Die drastischen Sparmaßnahmen der Troika haben indes die Wirtschaft massiv schrumpfen lassen und - aufgrund fehlender Einnahmen des Staates - die Schulden auf eine Höhe getrieben, die Griechenland nicht bezahlen kann (sie liegen heute über 170% des BIP - höher als zu Beginn dere Krise (108% des BIP)). Die richtigen (schuldenfinanzierten) Investments hätten Griechenlands Wirtschaft bei gleichzeitigen Reformen der Verwaltung helfen können und die Krise nicht eskalieren lassen. Wichtige Infrastrukturprojekte wären denkbar im Bereich Energie, Bildung und Logistik. Natürlich hätte man die wirklich Vermögenden des Landes (z. B. griechische Reeder) durch Vermögensabgaben beteiligen müssen. Diesbezüglich hat die Troika jedoch nicht geholfen, sondern den alten politisch korrupten Eliten das Feld überlassen.
Die Rückkehr zur Drachme wäre übrigens völliger Blödsinn, da alle Produkte in Dollar oder Euro fakturiert werden müssen - Griechenland wäre damit wirtschaftlich

am Ende. Vermutlich würde in einem nächsten Schritt der Euroraum einen Dominoeffekt erleben, denn auch in Portugal und Spanien ist die Krise noch lange nicht zu Ende. Es führt kein Weg an einer anderen Politik vorbei: Sinnvolle Investments, Infrastrukturverbesserung, eine einheitliche Finanz- und Wirtschaftspolitik verbunden mit einem Abbau des Steuerwettbewerbs, der immer größere Löcher reißt bei der Finanzierung der Gemeinwesen. Auf die sind wir nämlich alle angewiesen, um langfristig erfolgreich zu wirtschaften.
Übrigens müssten sie nicht mit geringerer Rente büßen. Den Bären hat ihnen die deutsche Politik aufgebunden zu Gunsten der deutschen Geldelite, allen voran Maschmeier (AWD) und der Versicherungswirtschaft. Leider würde die Klärung dieser Frage sehr viel weiter führen - vielleicht bei anderer Gelegenheit...
Wolfgang Geuer

---

dr naggar schrieb am 30.01.2015

---

deutschland will ihre massstaebe auf die anderen unions parttner
transferieren.
grosse armmut der deutsche rentner herrschet da .die

rentner haben die haupt last fuer das wohl deutschland.deutsche rente ist die minimalste in europa. diekanzelerin merkel muss abdanken.neues blut in der politik muss gebe

---

Denk Mal schrieb am 15.02.2015

Na ja, da sieht man einmal wieder,wie gewisse Menschen aus der Gesellschaft alle volkswirtschaftllich "gebildet" oder verblendet sind. Griechenland ist SELBST schuld.Keine Steuergerechtigkeit,keine funktionstüchtige Verwaltung, keine Begrenzung jeglicher öffentlichen Ausgaben,Unverständnis gegenüber der unkontrollierten Kreditvergaben,Gier der privaten Wirtschaft sich nach der Euroeinführung zu überschulden-und dann den Banken diue Schuld zu geben!! über sämtliche Verhältnisse zu leben!! und anschliessend der EU die Schuld zu geben-Seid Ihr noch bei Trost??? Dann mit Spitzfindigkeiten zu versuchen ANDERE schuldig zu machen ist schon eine bodenlose Frechheit! Herr Stieglitz verfolgt hier eine ganz andere Theorie und SCHULDGEFÛHLE aus "alter Zeit".

Michael V. schrieb am 24.02.2015

So ein Unsinn: Griechenland hat ja gerade NICHT gespart! Die Länder, welche dagegen tatsächlich sparten und die Medizin auch tranken (und nicht in den Blumentopf kippten) sind ja wieder auf die Beine gekommen, Irland z.B.!

Heinz Mutschlechner Bruneck schrieb am 11.03.2015

Wann kapieren unsere Politiker endlich daß seit der Abschaffung der Goldparität unser Geld nur ein Blatt Papier istbund nicht mehr,kein Staat der Welt kann Wirtschaften,die ganze Geldpolitik ist nur ein Flickwerk,Japan macht uns dies seit bald 30 Jahren vor,und die Verschuldung steigt von Jahr zu Jahr.Nur ein Beispiel für Italien,als der Euro eingeführt wurde war der Wechselkurs gegenüber der DM 1300Lire aber der Euro wurde mit knapp 1000lire umgerechnet,dh.30% weniger, dies belastet die italienische Wirtschaft seit der Euroeinführung.
Nutznießer war einzig und alleine Deutschland .
Ohne eine dringende Währungsreform,wird Europa kläglich scheitern und der kleine Mann wird alles

verlieren und bezahlt die Zeche welche uns Schäuble und Merkel eingebrockt haben.
Na dann Prost!

Wolfgang Geuer schrieb am 11.03.2015

Griechenland musste das Gesundheitswesen heruntersparen auf 6% des BIP, in Deutschland liegen die Kosten bei mehr als 10%, Renten wurden bis zu einem Drittel gekürzt, Löhne ebenfalls. Der Mindestlohn, der früher bei 750 Euro bei Preisen wie in Deutschland lag, beträgt derzeit noch 560 Euro. Dazu kamen Entlassungen im privaten und öffentlichen Bereich auf breiter Front. Die Einsparungen haben die Wirtschaft nach 2009 abstürzen lassen, weil die Nachfrage einbrach. Wer Eurostat-Daten lesen kann, sieht dies.
Die weiteren Ergebnisse sind bekannt: 3 Mio. Griechen haben keinen Zugang mehr zu medizinischen Leistungen, die Arbeitslosenzahlen sind bekannt, der Anstieg der Schuldenquote im Verhältnis zum BIP ebenfalls. Nein, lieber Michale V., hätten sie nur geschwiegen...

Wolfgang Geuer

Raymond schrieb am 26.03.2015

von Anfang an haette der Euro lediglich auf Laender des Kerneuropas gepasst , wie Frankreich , De und die Benelux St. , ja nicht mal Sueditalienen oder auch Spanien war bereit dafuer , das Deutschland und vor allem die Rentner .jetzt Angst um ihre Ersparnisse haben ist wohl verstaendlich , denn es werden immer mehr und nicht nur hier ...dies alles sind aber Entwicklungen die wusste man schon vor 30 Jahren .....trotzdem finde ich die Idee Europa die einzig richtige .....

hermann lange schrieb am 02.05.2015

Hier sind sehr gute Artikel zum Thema sparen. Das Füllhorn kann man nicht ausschütten, wo eine vorhandene Bürokratie nicht reformiert, sondern nur darauf wartet, den gemütlichen Schlendrian wieder fortsetzen zu können. Der Stolz alles verblendet und nur mit Taktik, Bauernschläue...anderen
Menschen ihr erarbeitetes Geld versucht wird, anzuzapfen. Wähler müssen auch aushalten, wenn sie falsch gewählt haben.